

Dresdner Nachrichten

Begründet 1856

Bezugs-Gebühr vom 1. bis 15. Februar 1927 bei täglich einmaliger Zustellung: drei Haus 1,50 Mk., Postbezugspreis für Monat Februar 3 Mark ohne Postzustellungsgebühr. Einzelnummer 10 Pfennig.

Anzeigen-Preise: Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet: die einmalige 30 mm breite Zeile 10 Pf., für auswärts 20 Pf., die 30 mm breite Gesamtzeile 150 Pf., außerhalb 200 Pf., Differenzgebühr 10 Pf. Klausur, Aufträge von Vorzugsbeziehung.

Direktion: Nachrichten Dresden.
 Fernsprecher-Gesamtnummer: 25 241.
 Nur für Nachdruck: 20 011.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle:
 Martenstr. 38/42.

Druck u. Verlag von Joseph & Reichardt in Dresden.
 Pollichstr. 106B Dresden.

Nachdruck nur mit drucklicher Genehmigung. "Dresdner Nacht" zulässig. Unberichtigte Schreibweise werden nicht aufbewahrt.

Trinkt **BUSSARD-SEKT** Qualitäts-Marken, hergestellt aus edlen Weinen

Die Militärrevolte in Portugal.

Schwere Verluste der Aufständischen. — Die Bewegung in Tavira niedergeworfen.

Vor der Beschießung von Oporto.

Paris, 7. Febr. Wie aus Lissabon gemeldet wird, haben die Aufständischen von Oporto bei den Kämpfen mit den Regierungstruppen schwere Verluste erlitten. Zahlreiche Aufständische sollen gefallen und Hunderte von ihnen verwundet worden sein. Die Regierungstruppen sollen fünf Tote und zehn Verwundete zu verzeichnen haben. Im Lager der Aufständischen soll Panik herrschen. Sie sollen sich zur unbedingten Unterwerfung bereit erklärt haben. Der Kriegsminister habe die Unterwerfung jedoch nicht angenommen, sondern die Bevölkerung von Oporto aufgefordert, die Stadt zu verlassen, da eine allgemeine Beschießung bevorstehe. Die bisherigen Teilbombardierungen haben bereits bedeutenden Sachschaden angerichtet. Auch Zivilpersonen kamen dabei zu Schaden. — Von anderer Seite wird mitgeteilt, daß die Aufständischen die Aufforderung zur bedingungslosen Übergabe ablehnten hätten. Sie seien noch hartem Artilleriekampf vor den Regierungstruppen in das Innere der Stadt zurückgezogen worden. Eine Vermittlungsaktion des Königs von Portugal um einen Waffenstillstand zustande zu bringen, scheiterte.

Der Aufstand in Tavira, der zugleich mit dem in Oporto ausbrach, ist niedergeschlagen worden.

Die Aufständischen ergaben sich, als die Stadt von einem Kanonenboot beschossen wurde. — Am Nordufer des Duero sind die Aufständischen Herr der Lage. Die Verbindung zwischen Nord- und Südvorkrieg ist unterbrochen so daß sich noch kein genaues Bild über die Ausdehnung des Aufstandes gewinnen läßt. Das Ziel der Bewegung ist die Beilegung der Diktatur des Generals Carmona.

Neue Verluste der Spanier in Marokko.

Paris, 7. Febr. Aus Meilla wird gemeldet, daß eine spanische Truppenabteilung in einen von den Tleballahs gestellten Hinterhalt gefallen ist und fast vollständig vernichtet wurde. Die Spanier bereiten eine Strafexpedition vor.

Deutsche Vermittlung in China?

(Durch Kurierform.)
 London, 7. Febr. In der "Daily News" schreibt Wilson Harris in einem Artikel über "Der Völkerbund und China": Der Völkerbund ist geschaffen worden, um die Welt vor Krieg zu bewahren. Er wurde geschaffen für die Regelung von Streitigkeiten zwischen Nationen auf der Grundlage der Vernunft und Gerechtigkeit. Seine Satzung enthält mindestens zwei Artikel, die erlauben, die chinesische Frage in Genf aufzuwerfen.

Es würde einen schweren Schlag für das Prestige des Völkerbundes bedeuten, wenn beide Länder, die Mitglieder des Völkerbundes und des Rates sind, etwas unternehmen würden, was auch nur von ungefähr einem Krieg ähnelt würde, ohne vorher die Organisation des Völkerbundes in Anspruch zu nehmen. Wegen eines Appells an den Völkerbund spreche, daß die Vereinigten Staaten wohl kaum mit nach Genf gehen würden. Am besten sei die Vermittlung einer neutralen Macht. Deutschland, das unter dem Versailler Vertrag alle exterritorialen und anderen Vorrechte aufgegeben habe, stehe besonders gut mit allen Teilen der Chinesen. Stresemann habe in der Vergangenheit Beweise für seinen Mut in der Diplomatie abgelegt. Was hier nötig sei, sei Takt und Urteilsfähigkeit. (S. T. B.)

Das Sowjet-System und der russische Arbeiter.

Vortrag des vom allrussischen Gewerkschaftskongress.
 Von Dr. Ernst Seraphim.

Die soziale Lage der Arbeiter in Sowjetrußland ist natürlich eine Frage von symptomatischer Wichtigkeit. Ist die Sowjetunion die Erfüllung der Erwartungen, die von der marxistisch eingestellten Arbeiterklasse, von der kommunistischen Diktatur und dem Proletariat erhofft wurden, ist sie also wirklich das rote Paradies, das auch auf die andere Welt auszudehnen im Interesse des nichtrussischen Proletariats liegt —, oder haben die bisherigen Erfahrungen erwiesen, daß man von diesem Paradies noch weit genug entfernt ist? Nun ist zweifellos eine wichtige Unzufriedenheit in den Reihen des russischen Proletariats zu beobachten, wie zum anderen nicht in Abrede gestellt werden kann, daß der Westen, auch in seinem proletarischen Teil, anfängt, sich skeptisch zu verhalten. Die rote Flut ebbt im Westen allmählich ab, und die Mißerfolge Sowjetrußlands fangen an, dem Arbeiter im Westen in die Augen zu fallen. Das entscheidende Symptom ist dabei das Mißlingen des englischen Kohlenstreiks, der als Dolchstoß der Sowjets gegen das Herz Englands gedacht war. Welche große Summen hat doch die Dritte Internationale in Moskau zur Unterstützung der englischen Genossen dem fargen Lohn der russischen Arbeiter abgezinkt! Und nun ist alles umfonkt!

Die Mißstimmung wächst naturgemäß, da die eigene Wirtschaftslage immer schwieriger wird.

Die Ernüchterung tritt ein.

Denn die Massen erkennen, daß die Versprechungen der Gewerkschaften nur Illusionen waren. Die Debatten auf dem Allrussischen Kongress der Gewerkschaften in Moskau zeigten die wachsende Erbitterung der betrogenen Arbeiter in seltener Schärfe. Genauer Berichte, in die wir haben Einsicht nehmen können, lassen erkennen, wie scharf und laut sich die Kritik äußerte, so über die zutüftelnden Fabriken und deren Verwaltung, über das Verhalten von Betriebsräten und Verwaltungen, über Mißstände im sozialen Versicherungsweien, im Arbeiterschutz und in der Handhabung der Arbeitszeit, Fragen, über die sich die Gewerkschaftspresse schon vorher sehr ungeniert geäußert hatte. Es ist das psychologisch leicht verständlich, denn seit dem neuen Wirtschaftskurs, dem Kurs, den schon Lenin eingeschlagen hatte, ist das Arbeitsgesetz, diese gleichsam symbolische Errungenschaft der Revolution, durchlöchert worden. Bis dahin gab es Zeitlöhne ohne obligatorische Leistungsnormen, lediglich eingeteilt nach der Vorbildung des Arbeiters und nach den Arbeitsbedingungen. Man wirtschaftete noch aus dem Vollen, da man von dem zarischen Regiment Reserven in ungeheurer Menge übernommen hatte. Aber jetzt Tropfen höhlt den Stein. Auch diese Reserven müßten einmal ein Ende nehmen, und man mußte an den Wiederaufbau denken. Das führte mit logischer Folge zu einem

Bruch mit dem bisherigen System der Unentgeltlichkeit.

So wurde das Leistungs- und Prämienystem eingeführt, das den Zeitlohn abschaffte und bewirkte, daß jetzt in den Hauptindustrien Rußlands 70 Prozent der Arbeiter auf Affordolohn arbeiten. Das Verschwinden von sozialen Leistungen durch den Staat als Arbeitgeber hörte damit auf. Man machte ein Ende mit der unentgeltlichen Wohnung, Heizung, Belichtung, Straßenbahnfahrt, Lieferung von Arbeitskleidung, freier Schule, Zahlung der Beiträge für die sozialen Versicherungen durch den Arbeitgeber und schließlich die Finanzierung von staatlich subventionierten Spielstätten, Kinderkrippen, Sanatorien, Klubs und Konsumgenossenschaften auf ein Minimum ein. Es war das

ein sehr unanständiges Ermachen.

Aber es gab keinen Ausweg. Denn einen derartigen Luxus kann sich nicht einmal ein Staat mit hochentwickelter und deshalb ertragsreicher Wirtschaft leisten, geschweige denn eine so kapitallose und so extensive Wirtschaft wie die russische, in der es den Unternehmern an Kapital und den Verbrauchern an Kaufkraft fehlt.

Man suchte natürlich nach einem Äquivalent und glaubte dieses in einer Lohnerhöhung von 30 bis 40 Prozent zu finden. Aber die Lohnempfänger hatten nicht viel davon, da die Kaufkraft des Geldes infolge der Vermehrung des Notenumlaufes schnell sank. Ebenfalls hatten sie von der Vermehrung, daß 10 Prozent der Gewinne jeden Unternehmens zur Verbesserung der Lage der Arbeiter verwendet werden müßten. Denn bei den bürokratischen Methoden der Sowjets arbeiteten die Unternehmer meist mit großen Verlusten. Zum anderen drängt der Staat dort, wo

Landwirtschaftliche Attaches im Auslande.

Die Sitzung des Haushaltausschusses.

Berlin, 7. Febr. Im Haushaltausschuss des Reichstages teilte in der fortgesetzten Beratung des Etats des Auswärtigen Amtes der Vorsitzende eine Einladung des Leipziger Reichsamtes an die Mitglieder des Ausschusses zum Besuche der Leipziger Frühjahrsmesse am 8. März mit. — Abg. Wiesbert (Z.) teilte mit, daß auch der Verkehrausschuss eine gleiche Einladung erhalten habe und sich bezüglich ihrer Annahme nach dem Haushaltausschuss richten werde. Beschlüssen wurde, dem Reichsamte mitzuteilen, daß der Ausschuss erst Anfang März entscheiden könne, ob seine Arbeiten die Annahme der Einladung gestatten.

Neben anderen Etatstellen wurden sodann 500 000 Reichsmark für das wirtschaftliche Nachrichtenweien bewilligt. Weiter wurde eine Entschliessung angenommen, wonach die Reichsregierung erwägen soll, das Personal der Reichsstelle für Nachrichten und Nachforschungen im Auslande zu vermindern und außerdem gleichzeitig eine Sparkommission mit dieser Angelegenheit zu betrauen. Eine Ausdrucksentscheidung soll noch beim Titel Sachverständigen im Auslande zur Förderung der deutschen Land- und Forstwirtschaft, des deutschen Handels und der deutschen Industrie, sowie der Sozial- und Kulturpolitik (Sozialattachés). Dazu liegt ein Antrag der Abg. Thonien und Fürst Bismarck (D.-N.) vor, die Reichsregierung zu ersuchen, die im Haushalt des Auswärtigen Amtes vorgesehene im besonderen Stellen für landwirtschaftliche Sachverständigen im Auslande baldmöglichst zu besetzen. Ferner eine Erhöhung der Zahl dieser Attachés entsprechend den in Folge der Kriegs- und Nachkriegszeit veränderten Bedürfnissen vorzunehmen.

Ministerialdirektor Dr. Schneider teilte mit, daß zurzeit landwirtschaftliche Attaches in Warschau, Lissa und in Vellingborg vorhanden sind. Verhandlungen um weitere Entsendung solcher Attachés schwebten mit Rußland und Italien. Der Name "Sozialattaché" sei nicht glücklich gewählt. Das Auswärtige Amt sei aber bereit, diese Frage sachlich zu prüfen. Angenommen wurde hierauf der Teil des Antrags Thonien-Bismarck, der die Reichsregierung ersucht, auf möglichst baldige Bezeichnung der sechs landwirtschaftlichen Attaches hinzuwirken.

Auf Antrag des Berichterstatters, Abg. Doeich, wurde ein neuer Posten von 105 000 RM. zum Erwerb eines Grundstücks für das Generalkonsulat in Algier einschließlich der Kosten der baulichen Herrichtung und der Nebengebäude in den Etat eingestellt. Ministerialdirektor Dr. Schneider erhielt, da die Cottbusstraße in diesem Monat abläuft, die Genehmigung, den Ankauf sofort zu tätigen. Nach Erledigung einiger Fristen wurde der Etat des Auswärtigen Amtes in erster Lesung verabschiedet. — Es folgte

die rechtliche Beratung des Etats des Reichswirtschaftsministeriums.

Zu dem Posten von 500 000 RM. zur Förderung wirtschaftlicher Fortschritte, Ausbildungs- und Studienreisen wurde von Regierungsseite bemerkt, daß mit der zunehmenden Festigkeit der wirtschaftlichen Verhältnisse sich ein dringendes Bedürfnis erweisen habe, daß das Reich wichtige allgemeine wirtschaftliche Aufgaben fördern und zu diesem Zwecke, soweit es notwendig ist, auch Beihilfen gewähre. Es sollen damit besondere Fortschritte, die sich aus dem Vergleich der Qualität deutscher und ausländischer Waren als notwendig erweisen, unterstützen und die Ausbildung und Weiterbildung in der praktischen Wirtschaft, sowie Studienreisen zur Auswertung wirtschaftlicher Besonderheiten im Auslande in umfassenderem und schnellerem Maße, als dies bisher möglich war, gefördert werden. Eine Förderung von Zwecken, die nicht allgemein-wirtschaftlicher Natur sind, kommt nicht in Frage. Der Titel wurde genehmigt. — Bei den Ausgaben des Staatlichen Reichsamts wurden von Ausschuss verschiedene Abwische gemacht. Auch der Teilbetrag für die Statistik der Finanzen der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände wurde um 700 000 RM. herabgesetzt. Beim Reichswirtschaftsgericht wurden dagegen die Beiräte der Hilfsleitungen durch Beamte und durch nicht-beamtete Kräfte durch den Haushaltausschuss erhöht.

Bei der Restberatung des Etats des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft

wurde ein Antrag des Unterausschusses auf Wiederherstellung der Erhöhung der Summe von 1,65 auf 2,5 Millionen Reichsmark zur Förderung der landwirtschaftlichen Erzeugung und Unterstützung wissenschaftlicher, technischer und ähnlicher Allgemeinbetreibungen auf dem Gebiete der Landwirtschaft angenommen. Von seiten der Regierung wurde hierzu erklärt, daß die Mittel, besonders zur Förderung des landwirtschaftlichen Fortschrittswesens des Obst- und Gemüsebaues einschließlich der Bienenzucht, des Kartoffel-, Zuckers-, Rüben- und Tabakbaues, sowie der Förderung der Moor- und Kiefernforsten sollen. Auch soll damit entsprechend einem Antrag der Abg. Frau Schott (D.-N.) der hauswirtschaftliche Unterricht gefördert werden. Außerdem wurde ein neuer Etatposten in Höhe von einer Million Reichsmark bewilligt zur Gewinnung geeigneter Musterkuppen für landwirtschaftliche Kraftgeräte, Arbeitsmaschinen und sonstige landwirtschaftliche Einrichtungen. Der Etatteil über 1,9 Millionen Reichsmark für Beihilfen zur Förderung der bäuerlichen Wirtschaftsbewertung und zur Einrichtung von Versuchsanlagen wurde um 100 000 Mark auf 2 Millionen erhöht. Zur Erbanung eines Versuchsdampfers mit Süßwasser wurden 600 000 Mark neu in den Etat eingestellt.